

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse Nr. 2) und auswärts bei allen königlichen Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Infrate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, in Leipzig: Jäger & Fort, S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem General der Infanterie und Gouverneur der Bundesfestung Luxemburg, v. Brauchitsch, den R. Kronen-Orden erster Klasse mit dem Emaille-Bande des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe zu verleihen; den im Ministerium der ausw. Angelegenheiten Postath Plantier zum Geh. Postath; so wie die Kreisrichter Jacobson in Franzburg und Carsten in Barth zu Kreisrichtern-Räthen zu ernennen und dem Rechtsanwält und Notar Voss in Straßund den Charakter als Justizrath zu verleihen.

Lotterie.

Bei der am 26. April fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 131. Königl. Klassen-Lotterie fiel der 1. Hauptgewinn von 150,000 R. auf Nr. 32,956. 1 Hauptgewinn von 10,000 R. auf Nr. 69,911. 1 Gewinn von 5000 R. auf Nr. 60,271. 33 Gewinne zu 1000 R. fielen auf Nr. 4477 8485 11,667 13,308 16,256 16,941 17,149 24,010 30,403 45,124 45,341 46,822 46,884 47,666 51,742 52,850 52,959 53,701 55,109 56,081 63,453 65,334 65,963 66,211 67,941 68,060 73,077 76,516 78,135 79,162 81,372 87,372 und 90,268. 46 Gewinne zu 500 R. auf Nr. 194 595 4115 4367 5743 5842 9129 19,024 19,668 20,323 22,236 25,711 27,090 27,768 35,033 35,795 37,111 37,858 42,443 43,723 48,462 48,657 49,456 50,687 51,429 51,994 53,575 54,501 54,555 56,310 56,923 60,946 62,174 69,514 72,841 75,358 79,227 79,930 82,657 84,209 85,347 88,142 88,695 90,655 92,293 und 94,116. 65 Gew. zu 200 R. auf Nr. 614 1288 2815 3425 4968 5232 7731 8770 12,663 13,428 14,701 16,235 17,374 18,126 20,231 20,521 20,826 24,356 25,467 26,820 28,604 28,764 30,776 32,629 32,996 33,544 35,963 37,661 37,807 38,546 47,097 48,386 49,155 49,901 51,046 52,882 53,446 53,825 53,860 56,107 57,676 57,763 58,110 58,374 58,637 62,429 63,293 67,201 67,367 67,827 67,878 68,771 71,975 72,714 77,062 78,657 79,339 79,371 83,536 83,665 84,001 86,519 87,180 88,513 und 91,023.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 10 1/2 Uhr Vormittags.

Berlin, 27. April. Die Marine-Commission des Abgeordnetenhauses hielt gestern eine Sitzung, welcher die Minister v. Bismarck, v. Roon und der Contreadmiral Zachmann beizuhöhen. Hr. v. Bismarck erklärte: Laut der Verheißung in der Thronrede werde bald die Vorlage über die Kriegskosten erscheinen, welche zugleich den Nachweis liefere über die Nothwendigkeit der Kriegsführung ohne Bewilligung der Kriegsmittel und die Darstellung der völkerrrechtlichen Sachlage. Die Regierung sei Mitbetheiligte von Kiel, und eine Erwerbung des Hafens sei eine unerlässliche Nothwendigkeit. Darüber sei Preußen mit Oesterreich ins Einvernehmen getreten. Er hoffe, daß es gelingen werde, den Kieler Hafen für die preussische Flotte mit der deutschen Flotte zu gewinnen. Für die Forderung des Kieler Hafens sei der Landtag entweder eine bedeutende Hilfe oder ein bedeutendes Hinderniß. Wenn die Kosten nicht bewilligt würden, sei der Hafen ein werthloser Besitz. Er hoffe, der Landtag werde erklären: Kiel muß gewonnen werden. Die Regierung müsse wissen, wie weit die Landesvertretung hinter ihr stände; dann sei es ihre Pflicht, daß die Erwerbung des Kieler Hafens die Grundlage bilde zu jeder Verständigung. — Der Abg. v. Sauer-Julienfeld erklärt sich wegen Mangels an Vertrauen zu diesem Ministerium gegen die Vorlage. — Abg. Birchow fragt, ob die Regierung den ganzen oder nur einen Theil des Kieler Hafens erstrebe? — Minister v. Bismarck: Die Regierung verlange die Strecke zwischen Holtzenau und Friedrichsort nebst den gegenüberliegenden Ortschaften. Ob die Forderung eventuell zwangsweise durchzuführen, sei mit Rücksicht auf die auswärtigen Mächte nicht zu beantworten.

Angelommen 2 1/2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 27. April. (Fortsetzung des Berichts über die gestrige Sitzung der Marine-Commission.) Nachdem bereits die Vertagung der Debatte angenommen war, erklärte Herr v. Bismarck: Es sei richtig, daß Oesterreich besorgt habe, in seinen Rechten als Mitbesitzer durch die Marinevorlage und die Verlegung der Flottenstation beschränkt zu werden. Die Marinevorlage sei eine innere Angelegenheit zwischen zwei preussischen Behörden, also kein Gegenstand diplomatischer Verhandlung. Die Verlegung der Flottenstation überschreite nicht die Rechte des Mitbesitzers und könne sich überdies auf die Hoffnung leicht zu erzielender Verständigung mit Oesterreich. Die Regierung werde bei dem stehen bleiben, was sie gethan, und sich durch keine Einsprache Zwang anthun lassen, andererseits gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen in keiner Weise verstößen. — Abg. Birchow: Das Volk sei besorgt wegen des Zusammengehens mit Oesterreich. Man habe von Compensationen gesprochen und Veruhigung hierüber sei wünschenswerth. — Herr v. Bismarck: Es sei ein Vorschlag weder gemacht noch angenommen, wodurch die Rechte preussischer Unterthanen verletzt oder die Geschicke des preussischen Staates auf lange Zeit beeinflusst werden könnten.

Angelommen 9 Uhr Vormittags.

London, 27. April. Der Gesandte der Vereinigten Staaten publicirte eine amtliche Depesche Stanton's, welche die Berichte von der Ermordung Lincolns und Seward's bestätigt. General Grant entging den Mordplänen wahrscheinlich nur durch zufällige Abwesenheit. Es liegen Beweise einer Rebellen-Verschwörung vor zur Rache und Unterstüßung des Südens, deren Teilnehmer den Mord als Ausgangspunkt genommen haben.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Zurich, 27. April. Die Deputirtenkammer hat in ihrer gestrigen Sitzung mit großer Majorität die Auflösung der religiösen Körperschaften beschlossen.

Paris, 27. April. Der heutige „Moniteur“ schreibt: Nachrichten aus Rom berechtigen zu dem Glauben, daß die Unterhandlungen zwischen Cardinal Antonelli und dem Bevollmächtigten des Königs von Italien, Neguzzi, in gutem Gange sind, um die Schwierigkeiten zu heben, welche bis jetzt der Besetzung verschiedener vacanter Bischofsstühle entgegenstanden.

(M. V.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Brüssel, 26. April. Das Befinden des Königs ist weniger günstig. Das heute Mittag ausgegebene Bulletin meldet, daß der König in der vergangenen Nacht an Brustbeklemmungen gelitten habe, die jedoch heute Morgen nachließen.

Frankfurt a. M., 26. April. Nach einem Telegramm der „Postzeitung“ aus Wien ist eine Reduction der Armee in Venetien nunmehr definitiv beschlossen. Die Kavallerie und Artillerie sollen auf den Friedensfuß gesetzt werden, während in dem Bestande der Infanterie vorerst weitere Reductionen nicht eintreten sollen.

Darmstadt, 26. April. In der Deputirtenkammer beantragten Neg und 20 Genossen, den Staatsminister v. Dalwigk wegen Verfassungsverletzung in Anklagestand zu versetzen und zwar wegen der Fortdauer der Mainzer Convention entgegen dem vor zwei Jahren gefaßten Beschlusse der Kammer.

London, 26. April. Ausführlichere Berichte aus New-York vom 15. Mittags zur „Nova Scotian“ über die Ermordung des Präsidenten Lincoln sagen, daß derselbe in seiner Loge im Theater ermordet, daß der Mörder Namens Booth darauf von der Loge auf die Bühne gesprungen und nach Baltimore geflohen, dort aber gefangen sei. — Zu gleicher Zeit habe sich ein Bruder des Booth in das Krankenzimmer des Staatssekretärs Seward begeben und diesen wie den herbeieilenden Sohn desselben, Friedrich Seward, lebensgefährlich verwundet. Der Letztere sei bereits gestorben, die Wiederherstellung Seward's unwahrscheinlich.

Wien, 26. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Budget des Handelsministeriums den Anträgen des Ausschusses gemäß erledigt und demnach die Debatte über das Budget des Justizministeriums begonnen. Die Abgeordneten Schindler und Kuranda sprachen gegen das objective Strafverfahren in Preussachen.

Bern, 26. April. Die Verhandlungen der Handelsvertrags-Conferenz in Stuttgart sind vertagt; man hofft, daß dieselben am 10. Mai wieder aufgenommen werden können. In einer gestern Abend hierselbst stattgehabten Versammlung wurde eine Glückwunsch-Adresse an die Nordstaaten von Amerika aus Anlaß der letzten Siege über die Conföderirten beschlossen.

Wien, 26. April. Im heutigen Privatverkehr war die Haltung auf die Nachricht von der Ermordung Lincoln's matt und das Geschäft gering. Creditactien 184,40, Nordbahn 178,70, 1860er Loose 94,50, 1864er Loose 88,90, Staatsbahn 187,10, Galizier 207,50.

Frankfurt a. M., 26. April. Im heutigen Privatverkehr in der Effecten-Societät eröffneten Amerikaner zu 62 1/2, stiegen bis 63 1/2, wichen auf 62 und schlossen zu 62 1/2. Sonst war kein Geschäft.

Landtagsverhandlungen.

(Abend. C.) 41. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 26. April.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: So eben ist mir die Nachricht zugegangen, daß unser thürer College Kolbozen gestorben ist. Er war im J. 1862 zum ersten Male Mitglied dieses Hauses und ist seitdem treu dem ihm verliehenen Mandat gefolgt. Wer ihn gekannt hat, der weiß, wie treu er seinen Grundsätzen gewesen und wie treu er uns in diesem gewichtigen Kampfe zur Seite gestanden hat. Leicht werde ihm die rheinische Erde! Ich fordere Sie auf, sein Andenken durch Erheben von Ihren Plätzen zu ehren. (Das Haus erhebt sich.)

Das Haus geht über zur Specialberathung über das Invalidengesetz. Die §§ 1 und 2 werden in der Fassung der Commission nach ausdrücklicher Zustimmung des Reg.-Commissars Majors v. Kirchbach angenommen.

Der § 3 handelt von den Halbinvaliden. Die Regierungsvorlage bezeichnet übereinstimmend mit der Commission als eine der Bedingungen, die zur Aufnahme von Halbinvaliden in einen dazu bestimmten Truppentheile berechtigen, „den Besitz eines im Kriege erworbenen preussischen Militair-Ehrenzeichens.“ Die Bedingung der guten Führung hat die Commission gestrichen.

Ein Amendement des Abg. Dr. Langerhans will alle Motive und Kriterien der Halbinvalidität streichen und dafür setzen: „Durch den activen Militairdienst.“ Der Antragsteller spricht seine Antipathie gegen die massenhafte Ordens-Verleihung als einen Anachronismus im 19. Jahrhundert,

namentlich aber gegen die damit verknüpfte Dotation aus. Auch das Criterium der contagiösen Augenkrankheit sei unzulänglich, da sie durch eigenes Verschulden zugezogen werden könne. Abg. Graf zu Eulenburg will die Regierungsvorlage wiederhergestellt haben; also die gute Führung als Bedingung hinstellen.

Kriegsminister v. Roon: Es steht ausdrücklich im § 3, daß der Besitz des allgemeinen Ehrenzeichens nicht, wie der Abg. Dr. Langerhans behauptet, hinreicht, das betr. Benefizium zu erlangen. Im Allgemeinen bin ich der Ansicht, daß sein Amendement die Zwecke der Regierung nicht fördert, sondern durchkreuzt, und muß mich daher gegen dasselbe erklären. Den Zusatzantrag des Abg. Grafen Eulenburg halte ich allerdings für selbstverständlich, ich würde es für eine Verbesserung halten, wenn dieser Zusatz wiederhergestellt würde, damit die Betreffenden wissen, daß sie nur bei guter Führung die Wahl haben können, ob sie das eine oder das andere Benefizium zu erhalten berechtigt sind. Wenn es auch der Regierung unbedingt überlassen bleiben muß, ob sie einen Mann von nicht guter Führung in die Kategorie der Halb-Invaliden aufnehmen, oder ihm statt dessen die Pension gewähren will, die der Paragraph diesen Leuten verleiht, so ist es doch wünschenswerth, daß man sich darüber verständigt, um künftigen Mißverständnissen vorzubeugen.

Reg.-Comm. Major v. Kirchbach erklärt, daß bei selbstverschuldeter Erwerbsunfähigkeit der Besitz eines Ehrenzeichens niemals maßgebend für Ertheilung von Pensionen gewesen ist. Nach demselben Princip soll auch künftig verfahren werden.

Abg. v. Vinde: Das Amendement Langerhans geht weiter, als die Regierung, es läßt der letzteren einen größeren Spielraum; will sich in dessen die Regierung selbst beschränken, so mag man ihr darin nicht entgegen treten.

Ref. Abg. Stavenhagen: In Bezug auf die Militair-Orden ist die allgemeine Ansicht denn doch etwas anders, als in Bezug auf die Ordensverleihung im Allgemeinen. Es ist richtig, Ehre kann man nicht bezahlen, aber der Satz ist hier nicht anwendbar, die Auszeichnung ist denn doch durch Tapferkeit erworben. Will denn Herr Dr. Langerhans, daß ein Mann, der das eiserne Kreuz trägt, wenn er auch durch Selbstverschuldung erwerbsunfähig geworden, betteln geht, und sei es auch in anständiger Weise mit dem Feiertage? Auch im Uebrigen ist kein Grund vorhanden, der Verwaltung im Sinne des Amendements einen größeren Spielraum zu geben.

Abg. Langerhans (persönlich): Der Herr Berichterstatter fragt mich, ob ich es gern sehen würde, wenn Männer mit dem eisernen Kreuz betteln gehen. Ich sehe überhaupt nicht gern Männer betteln gehen; aber im vorliegenden Fall vergißt der Herr Berichterstatter, daß es mit dem eisernen Kreuz seine besondere Bewandniß hat, daß die mit ihm verknüpften Benefizien gesetzlich festgestellt sind und daß es, was mit keinem andern Orden geschehen ist, auf den Vorschlag der Combattanten verliehen worden ist.

Bei der Abstimmung werden das Amendement Langerhans und der Antrag des Gr. zu Eulenburg auf Wiederherstellung des § 3 in der Fassung der Regierung abgelehnt und fast einstimmig (auch der Kriegsminister stimmt dafür) die von der Commission empfohlene angenommen, nach welcher der § 3 lautet: „Soldaten, welche entweder 1) nach einer Dienstzeit von 12 Jahren, oder 2) bei dem Besitze eines im Kriege erworbenen preuß. Militair-Ehrenzeichens, oder 3) durch a) Verwundung vor dem Feinde, b) Beschädigung bei Ausübung des Dienstes, oder c) eine während des activen Militairdienstes überstandene contagiöse Augenkrankheit Halbinvalide geworden sind, werden unter Berücksichtigung ihrer Charge entweder mit der Pension der 4. Klasse für Ganzinvaliden entlassen, oder einem zur Aufnahme von Halbinvaliden bestimmten Truppentheile überwiesen, letzteres jedoch nur insofern sie es wünschen.“ Desgleichen wird der § 4 angenommen.

§§ 5, 7, 8 und 9 handeln von der Ganzinvalidität. Der Entwurf bestimmt, daß die Invaliden-Pensionen in 4 Klassen zerfallen. Die Pension 1. Klasse sollen erhalten nach der Regierungsvorlage: ohne Nachweis der Invalidität Invaliden nach mindestens 20jähriger Dienstzeit; die Pension 2. Klasse nach mindestens 15jähr. Dienstzeit; die 3. Klasse nach mindestens 12jähr. Dienstzeit und die 4. Klasse nach 8jähr. Dienstzeit. Die Commission hat diese Bestimmungen des Regierungsvorlages geändert, sie hat die Dienstzeit der 1. Klasse auf 30 Jahre, der 2. Klasse auf 24, der dritten auf 18 Jahre erhöht. — Abg. Baron v. Baer ist will in dem angegebenen § 5 statt 30 Jahre setzen 25 J. und statt 24 Jahre 20 J., während er die 3. Klasse mit 18 J. gänzlich streichen will. — Abg. Biegler beantragt, diese Bestimmungen aus dem Gesetze gänzlich zu streichen. — Abg. Graf Eulenburg dagegen beantragt, die Dienstzeit für die 3 ersten Klassen auf 25, 20 und 15 Jahre herabzusetzen. — Bevor zur Discussion über diese §§ geschritten wird, erledigt das Haus den § 6 der Vorlage, welcher die Bestimmungen der Pensionsätze selbst für die verschiedenen Klassen enthält. Die Commission hat hier nur die Sätze für die gemeinen Soldaten erhöht. Der Reg.-Comm. erklärt sich mit dieser Erhöhung einverstanden, und das Haus genehmigt den § 6. In Betreff der übrigen §§ erklärt sich der Abg. v. Seydlitz für das Amendement v. Baer's, indem er die gestrichen vom Abg. Biegler vorgebrachten Gründe bekämpft. Die längere Dienstzeit sei auch früher bereits als ein Grund zur Invalidität anerkannt worden. Man habe sich überzeugt, daß ein Unteroffizier nach 20jähriger Dienstzeit eo ipso erwerbsunfähig geworden sei. Wenn der Abg. behauptet, daß man mit Annahme dieser Bestimmungen die Reorganisation fördere, so müsse er dies ganz entschieden bestritten. Das Haus könne ohne Sorge das Gesetz annehmen, und es ehre sich selbst, wenn es dies recht einmüthig thue.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allerhöchst geruht: Dem Ober-

Handelsgebräuche beim Getreidehandel in Danzig.

Die Versuche des hiesigen Handelsstandes, die Ortsge-

„Die Aufzeichnung von Handelsgebräuchen für bedeu-

Schon die Ueberschrift deutet den eigentlichen Standpunkt

*) S. d. Archiv, Bd. I., S. 14 fg., ferner R. Koch im Cen-

**) Vergl. Art. 13 der Satzungen der Frankfurter Producten-

eines die allgemeinen Bedingungen einschließenden consensus

Ein Hauptmotiv, aber auch gleichzeitig ein mühsam über-

Von den Bemerkungen zu den einzelnen Paragraphen

Zu § 5, II. Ort der Lieferung und Abnahme be-

Soweit die Waare nicht Gegenstand des Kaufs ist, was

Durch die in § 7 über die Qualität gegebenen Vor-

Zu § 8, Erklärung über Qualität, wird bemerkt: „Der

§ 12 schließt sich an 348 des H.-G.-B.

An § 13 vermisst der Herr Verf. eine deutliche Zulä-

§ 19 und 20 enthalten Auslegungsregeln über die Er-

Bemerkenswerth ist noch die Note zu § 23 (Baarzahlung).

Sie lautet: „Der Schlussparagraph bringt etwas Neues

*) Ueber die rechtliche Natur dieser Geschäfte vergl. Fuchta,

fast. Der Käufer hat ja das Recht, die Bestimmung des

Der Aufsatz schließt mit folgenden Worten: „Es mag

„Wenn uns noch ein kurzer Rückblick auf die besprochenen

Den in Nr. 2610 der „Danziger Stg.“ vom 13. Septbr.

Es wäre zu wünschen, daß auch der Danziger Handels-

Berlin. Der Erlaß des Fehrn. v. Halbhuder an die

„Laut der Nr. 91 der „Hamburger Nachrichten“ hat die

* Für die Zeit von jetzt bis zum 1. Januar 1866 sind

